



JAHRESRÜCKBLICK 2023

Enthemmt und erfolgreich

Die AfD feiert dieses Jahr ihr zehnjähriges Bestehen – und einen Umfrageerfolg nach dem anderen. Weil sich das mittlerweile in Wahlergebnissen ausdrückt, wächst bei den anderen Parteien die Nervosität.

Von Tim Frehler

7. Dezember 2023 - 5 Min. Lesezeit



Artikel verschenken

Das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen im November fasst das Jahr der AfD eigentlich gut zusammen: Die Partei kommt darin auf 22 Prozent und liegt damit sieben Prozent vor der Kanzlerpartei SPD und sieben Prozent vor den Grünen. Sieben Prozent sind es auch, die die AfD bis zu diesem Zeitpunkt hinzugewonnen hat seit Ende des vergangenen Jahres. Keine andere Partei hat in diesem Zeitraum so einen Zuwachs an Zustimmung erlebt. Der Trend ist einer der Hauptgründe dafür, dass die AfD 2023 so im Fokus stand.

Auch auf längere Sicht ist die Entwicklung der Partei erstaunlich: 2013 trat die AfD auf die politische Bühne, als Partei von Wirtschaftsprofessoren und Euro-Skeptikern. Zehn Jahre später ist von denen, die sie damals gegründet haben und die heute wohl als gemäßigten gelten würden, kaum noch jemand dabei.

ANZEIGE



Die Partei hat sich radikalisiert und eilt in Umfragen von einem Höchstwert zum nächsten. Und weil es ihr mittlerweile gelingt, aus Stimmungen politisches Kapital in Form von Ämtern und Mandaten zu schlagen, wächst in den anderen Parteien und in der Öffentlichkeit die Nervosität. Viele Menschen fragen sich: Was geht hier vor sich?

Dabei startete das Jahr der Partei nicht unbedingt so, wie es sich mancher in der AfD vorgestellt hatte:

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Februar konnte die AfD zwar als einzige Partei neben der CDU ihr Ergebnis verbessern, sie holte etwa ein Prozent mehr als 2021. Doch im Vergleich zu der Wahl im Jahr 2016 sackte sie ab – um mehr als fünf Prozent.



Dann kam der Frühling, die Ampelkoalition stritt über das Gebäudeenergiegesetz und die Umfragewerte der AfD kletterten in die Höhe, im Juni hatte sie die SPD in den Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen überholt. Fachleute bezweifeln jedoch, dass an diesem Aufwind ausschließlich der Streit in der Koalition schuld ist. Denn für gewöhnlich steht die Regierung nach der Hälfte jeder Legislaturperiode schlecht da, die Opposition profitiert – in diesem Fall die AfD. Aufgrund der hohen Zahl an Flüchtlingen gelangte auch das Thema Migration, das für die AfD und ihre Wähler besonders wichtig ist, wieder auf die Tagesordnung. Aber natürlich mobilisiert sich Unterstützung leichter, wenn die Regierung sich in den Haaren liegt, noch dazu, wenn sich der Streit um die Klimapolitik dreht: Dann kann sich die AfD in Stellung bringen zu ihrem Hauptgegner – den Grünen.



SZPlus Interaktiver Jahresrückblick

Das war das Jahr 2023

In einem interaktiven Zeitstrahl zeigt und analysiert die SZ die wichtigsten Momente und Entwicklungen des Jahres.

Jetzt lesen

Umfragen sind noch keine Wahlergebnisse, heißt es oft. Doch genau die sollten im Jahresverlauf folgen: Auch wenn AfD-Kandidaten bei Kommunalwahlen immer wieder scheiterten, kam es im thüringischen Sonneberg Ende Juni zu einem Novum:

Erstmals wählten die Menschen einen Politiker der AfD zu ihrem Landrat. Und dabei blieb es nicht:



Foto: Markus Schreiber/AP

Schon kurz darauf gewann der AfD-Mann Hannes Loth die Stichwahl zum Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz in Sachsen-Anhalt.



Für die AfD waren das Siege mit Symbolwirkung – weit über den Osten hinaus. Dass sie aber auch bei Wahlen im Westen erfolgreich abschneiden kann, zeigten die Landtagswahlen in Bayern und Hessen Anfang Oktober. In Bayern landete die extrem rechte Partei nach der CSU und den Freien Wählern auf Platz drei, vor den Grünen und der SPD. In Hessen wurde sie mit mehr als 18 Prozent gar zweitstärkste Kraft.

Im Dezember konnte sie ein zweites Novum verzeichnen: In Pirna, einer Kreisstadt in Sachsen, gewann mit Tim Lochner ein Kandidat die Wahl zum Oberbürgermeister, der zwar keiner Partei angehört, aber für die AfD antrat. Damit stellt die AfD 2023 nicht nur zum ersten Mal einen Bürgermeister, erstmals wurde auch einer ihrer Kandidaten zum Oberbürgermeister gewählt.

Dabei scheint die Wählerinnen und Wähler offenbar nicht zu stören, dass sich die AfD immer weiter nach ganz rechts außen bewegt. Wie sie dabei vorgeht, war zum Beispiel auf dem Bundesparteitag Ende Juli in Magdeburg zu sehen.



Da beschloss die Partei, mit einem dezidiert EU-feindlichen Kurs in die Europawahl zu gehen und sich für einen „Bund europäischer Nationen“ statt der EU einzusetzen.



Als Spitzenkandidat wählten die Delegierten zudem einen Mann, der seine Partei für die „spannendste Rechtspartei in ganz Europa“ hält – und keinen Grund sieht, die AfD auf einen gemäßigeren Kurs zu führen.



Maximili
ßens
hä'

chtsau-
nion

„Diese EU muss sterben, damit das

wahre Europa leben kann.“

Vertreter des gemäßigteren Lagers hätten bei der Aufstellung so gut wie keine Rolle mehr gespielt, sagte Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang im Nachgang.

Seine Kollegen in den Bundesländern lieferten zum Jahresende noch einen weiteren Beleg für den Kurs der AfD Richtung rechts: Im November stuft der Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt die Partei als „gesichert rechtsextremistisch“ ein, wenig später, Anfang Dezember, zog der Verfassungsschutz in Sachsen nach und teilte mit, den sächsischen AfD-Landesverband ebenfalls als „gesichert rechtsextremistisch“ zu bewerten. Vor diesen beiden Entscheidungen war das nur in Thüringen der Fall.

Die Geschichte der AfD im Jahr 2023 ist aber auch eine Geschichte über den schwierigen Umgang mit ihr – und der Suche nach einer Strategie dafür. Wohl kaum einer hat das in diesem Jahr so eindrücklich erlebt wie CDU-Chef Friedrich Merz. Einerseits sahen sich er und die Union mit der andauernden Frage konfrontiert, warum ausgerechnet die extrem Rechten von der Schwäche der Ampel profitieren – und nicht die Union. Schließlich war Merz ja einst angetreten mit dem Versprechen, die AfD zu halbieren. Andererseits brachte sich der CDU-Chef selbst in eine missliche Situation, indem er mit Aussagen im ZDF-Sommerinterview den Eindruck erweckte, er wäre bereit, eine Zusammenarbeit seiner Partei mit der AfD auf kommunaler Ebene zuzulassen.

Die Debatte über die Brandmauer, die daraufhin an Fahrt aufnahm, fand Mitte September einen weiteren Höhepunkt: Da hatte die Oppositionspartei CDU im thüringischen Landtag einen Gesetzentwurf zur Senkung der Grunderwerbsteuer eingebracht, der mithilfe der AfD eine Mehrheit im Parlament erhielt. Wieder ging es darum: Was ist eigentlich Zusammenarbeit, wo beginnt sie und wo endet sie?

Fragen, die sich im kommenden Jahr mit einer wohl bisher unbekannten Vehemenz stellen werden: Im September wählen Sachsen, Thüringen und Brandenburg einen neuen Landtag. Die AfD schnei-

det dort in Umfragen gut ab, in Thüringen kam sie zuletzt auf 34 Prozent Zustimmung und wäre damit stärkste Kraft. Noch bleibt den anderen Parteien Zeit, um sich eine Strategie für dieses Szenario zu überlegen. Viel Zeit allerdings nicht mehr.

Text: Tim Frehler, **Bildredaktion:** Julia Hecht, **Konzept, Design, Art Direction:** Lina Moreno, Isabel Kronenberger, **Entwicklung:** Lina Moreno, Stefan Kloiber

© SZ - Rechte am Artikel können Sie [hier](#) erwerben.

Diese Geschichte teilen



Süddeutsche Zeitung



SZ Plus-Abonnement:

[AGB](#) [Datenschutz](#) [Datenschutz-Einstellungen](#) [Abo kündigen](#)

Vertrag mit Werbung:

[Vertragsbedingungen](#) [Datenschutz](#) [Cookie Policy](#) [Vertrag mit Werbung kündigen](#)

[Widerruf nach Fernabsatzgesetz](#) [Widerspruch](#)

[Kontakt und Impressum](#)